



DIE LINKE. Ratsfraktion

Achtermannstraße 19

48143 Münster

Telefon 0251 / 9816051

An den Oberbürgermeister

12. März 2012

Antrag

Runder Tisch gegen Rechts

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Verwaltung bereitet zur nächsten Hauptausschusssitzung ein Konzept für einen „Runden Tisch gegen Rechts“ vor, der folgende Punkte berücksichtigt:

1. Zur Aufarbeitung der Erfahrungen mit dem Neonazi-Aufmarsch am 03.03.2012 im Stadtteil Rumphorst und den Gegendemonstrationen sowie dem damit verbundenen Polizei-Einsatz wird ein Runder Tisch eingerichtet, um einerseits im offenen Dialog den 03. März zu reflektieren und andererseits einen Handlungsrahmen für zukünftige verbundenen Neo-Nazi-Aufmärsche festzulegen.
2. Zu diesem Runden Tische gegen Rechts werden unter Moderation des Oberbürgermeisters der Stadt Münster folgende Personen eingeladen:
 - Polizeipräsident und Einsatzleitung
 - je eine Vertreterin / ein Vertreter der im Rat vertretenen Parteien
 - eine Vertreterin / ein Vertreter der Gewerkschaften in Münster
 - eine Vertreterin / einen Vertreter der beiden christlichen Kirchen
 - eine Vertreterin / ein Vertreter der jüdischen Gemeinde
 - eine Vertreterin / einen Vertreter des christlich-muslimischen Rates
 - eine Vertreterin / ein Vertreter aus dem Integrationsrat
 - eine Vertreterin / einen Vertreter des Stadtteils Rumphorst
 - je eine Vertreterin / einen Vertreter der Münsteraner Medien

Begründung:

In der Resolution „Münster sagt Nein zum Rechtsextremismus: Münster bleibt eine Stadt des Friedens und der Toleranz“ hat der Rat der Stadt Münster einstimmig sein Nein „zu Rassismus und Nationalismus, zur Hetze gegen Minderheiten und zur Intoleranz“ bekräftigt.

Dem Neo-Nazi-Aufmarsch in Münster am 03.03.2012 stellte sich ein breiter gesellschaftlicher Widerstand mit mehreren Gegendemonstrationen entgegen. Ein äußerst hohes Polizeiaufgebot, die hermetische Abriegelung eines ganzen Stadtviertels und der daraus resultierende Protest der BewohnerInnen, die Festnahme einer Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE, sowie das Ergebnis, dass neofachistische Kräfte ungehindert einen aus ihrer Sicht gelungenen Marsch durch Münster veranstalten konnten, werfen Fragen auf:

- Ist das Einsatz-Konzept der Polizei aufgegangen?
- Warum ist das erfolgreiche Einsatz-Konzept von 2006 nicht wiederholt worden?
- Haben alle beteiligten Kräfte aus Verwaltung, Polizei und gesellschaftlichen Gruppen ausreichend im Vorfeld miteinander kommuniziert? Wenn nicht, wie könnte dies zukünftig verbessert werden?

- Warum konnte den Neo-Nazis der Münsteraner Widerstand nicht unmittelbar herangezogen werden?
- Warum konnten eingeladene Personen nicht in den Stadtteil Rumphorst gelangen?
- Warum wurde eine parlamentarische Beobachterin festgenommen?
- Warum entstand eine erhebliche Frustration bei vielen TeilnehmerInnen an den antifaschistischen Veranstaltungen, die sich u.a. in einer Vielzahl von Leserbriefen ausmachen lässt?
- Wie soll Münster zukünftig auf weitere Neo-Nazi-Aufmärsche reagieren?
- Wie kann ein gesellschaftlicher Widerstand zukünftig noch breiter und effektiver organisiert werden?
- Können Erfahrungen aus anderen Städten zukünftige Aufmärsche von nazistisch gesinnten Kräften in Münster vereiteln?

Diese und weitere Fragen soll der „Runde Tisch gegen Rechts“ erörtern und entsprechende Lösungsansätze entwickeln und den Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Rat vorstellen. Er sollte, um effektiv und grundlegend arbeiten zu können, wenigstens vier Mal einberufen werden und bei Bedarf auch noch verlängert werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Iris Toulas

Raimund Köhn

Joachim Bruns

DIE LINKE. Ratsfraktion Münster